

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannistgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 4-6 Uhr.

Kannahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 Uhr. In den Fällen für Inf. Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Löcher, Katharinenstr. 18, nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

No 78.

Dienstag den 19. März 1878.

72. Jahrgang.

Anlage 15,300.

Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 Mk., incl. Bringerlos 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbefreiung 36 Mk., mit Postbefreiung 45 Mk. Inskripte 5 Gelp. Zeitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserm Preisverzeichnis. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Anzeigen unter dem Redactionsstempel die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Abdruck nicht gegeben. Zahlung präsumtando oder durch Postnachnahme.

Bekanntmachung.

An unserer Real- und II. Ordnung sind zu Ofern d. J. drei ganze Freistellen, welche auch in sechs halbe zerlegt werden können, neu zu besetzen.

Diese Freistellen können nur an vorzüglich befähigte Kinder hiesiger unbemittelter Einwohner und unter der Bedingung vergeben werden, daß sich die Eltern oder Vormünder derselben verpflichten, ihre Kinder oder Mündel die Schule bis an das Ende des Cursums zu lassen.

Die Bewerbungsgesuche um die oben gebachten Freistellen sind bis zum 2. April d. J. bei uns einzureichen und werden Formulare zu den beizubringenden Schulzeugnissen an unserer Schulleitung, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 8 unentgeltlich ausgegeben.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wilsch, Ref.

Sitzung des ärztlichen Bezirksvereins der Stadt Leipzig

Dienstag den 19. März Abends 6 Uhr im Saale der Ersten Bürgerschule.

Tagesordnung: 1) Bericht des Ständesausschusses über seine Stellung in ärztlichen Ehrengerichtssachen (Ref. Dr. E. A. Meißner). — 2) Bericht desselben Ausschusses, Pensionsansachen betr. (Ref. Dr. Henrici). — 3) Bericht des Sanit.-Ausschusses, Leichenschaugesetz betr. Dr. Ploss.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 18. März.

Zwischen dem Reichskanzler und dem Grafen Otto Stollberg-Berningerode finden unangesehene Beratungen statt. Man will wissen, daß der Reichskanzler nach der Publication des Stellvertretungsgesetzes mit einem fait accompli vor den Reichstag zu treten gedenkt, vor welchem Herr Camphausen wohl schwerlich mehr erscheinen werde. In Beantwortung der Anfrage des Reichskanzlers, wie die Regierungen sich zu der Frage des Tabakmonopols stellen würden, hat sich nach dem „Dtsch. Witzbl.“ die Mehrzahl der größeren Bundesregierungen, namentlich Bayern, Sachsen und Baden gegen die Einführung des Monopols ausgesprochen und die eingehende Erörterung der Frage als notwendig bezeichnet, so die Fabriksteuer in Deutschland eingeführt werden könne. In Folge dessen habe das preussische Staatsministerium beschlossen, die in Aussicht genommene Enquete auch auf die Fabriksteuer auszudehnen, während nach der ursprünglichen Absicht der preussischen Regierung der Gesekentwurf, betreffend die statistische Erhebung über die deutsche Tabakindustrie, die Einführung des Monopols vorbereiten sollte. Der Finanzminister Camphausen habe sich außer Stande erklärt, die so in ihrem Zielpunkte veränderte Vorlage vor dem Reichstage zu vertreten und dieserhalb auf der sofortigen Genehmigung eines Entlassungsgesuchs bestanden. — Der augenscheinlichen Anwesenheit des bayerischen Finanzraths Mayer, des bekannten Vertreters des Tabakmonopols, in Berlin schreibt man in Reichstagskreisen eine gewisse Bedeutung zu und meint, daß dieser Staatswirthschafter möglicherweise von Reich wegen zur Bearbeitung der Tabaksteuerfrage z. zugezogen werden dürfte.

Nach der „Tribüne“ verhält es sich mit der beabsichtigten Tabaksteuer-Enquete folgendermaßen: Es handelt sich nicht einfach, wie officiell geschrieben worden, um die „Ermächtigung“ des Reichstags zur Aufstellung von Ermittelungen in jener Richtung, sondern es handelt sich um die Bewilligung eines namhaften Credits zu diesem Zwecke, wie es heißt, in Höhe von 200,000 Mk. Nach der „Nat. Ztg.“ sind es vornehmlich zwei Punkte, welche einer näheren Aufklärung bedürfen: einmal die Feststellung des gegenwärtigen Zustandes der deutschen Tabakindustrie durch eingehende statistische Erhebungen, insbesondere auch über den Kleinbetrieb und die Hausindustrie, zweitens die Sammlung umfassender und zuverlässiger Materialien über die Details der Handhabung und die Ergebnisse der Fabriksteuer in den Vereinigten Staaten. Wenn der angekündigte Gesekentwurf in den Reichstag gelangt, wird dieser wohl auch nähere Aufklärungen darüber erhalten, worauf die beabsichtigten Ermittlungen gerichtet und in welcher Weise sie ausgeführt werden sollen. Eine Zusammenfassung aus entschiedenen und ausgeprochenen Vertretern der „Monopol-Idee“ würde den Auffassungen der großen Mehrheit des Reichstags wohl wenig entsprechen.

Nach einer der „Nat. Ztg.“ zugehenden Mittheilung hat der Papst dem deutschen Kaiser in einem Antrittsschreiben von seiner Befreiung des päpstlichen Stuhles Mittheilung gemacht. Auch der „Nat. Ztg.“ meldet man aus Berlin, daß Papp Leo XIII. ein freundliches Schreiben an den deutschen Kaiser geschickt habe; so werde wenigstens von Personen erzählt, die im Palais verkehren. Es werde sichtbar eine mildere Luft über die Alpen her, und man habe die Bemerkung gemacht, daß die ultramontane Presse bereits anfangs, den Mund nicht mehr so voll zu nehmen zum Preise von Pio Nono, unter dessen schwacher Regierung die Jesuitenpartei das Pest in Händen hatte. — Und aus Rom meldet man der „Nat. Ztg.“: Die persönlichen Absichten der Curie Deutschland gegenüber bestehen unüberändert fort. Wöglich der Annahme der Thronbesteigung des Papstes in Berlin kann ich als durchaus gewiß melden, daß ein Brief des Papstes an den deutschen Kaiser dem Wiener Rumthum zugesandt wurde. Ob, wann und wie

für gefichert. Ein Berliner Telegramm desselben Plattes bezeichnet den 31. März oder 1. April, den Geburtstag Bismarck's, als Tag des Zusammentritts.

Die „Montagsrevue“ bezeichnet ferner die Nachrichten über eine Mission des Prinzen Alexander von Hessen und des Prinzen Peter von Oldenburg an den Wiener Hof als müßige Combinationen und weist ferner darauf hin, daß die von England erhobenen formalen Schwierigkeiten durch die bevorstehende Publication des Friedensvertrages als beseitigt zu betrachten seien.

Ein Berliner Telegramm der „Ball Ball Gazette“ meldet über den Congreß: Die Rächte bezeichneten je zwei Bevollmächtigte für den Congreß, und zwar Deutschland den Fürsten Bismarck und falls dieser verhindert sein sollte, v. Bülow und den Legationsrath Busch; Oesterreich den Grafen Andrássy und Freiherrn v. Calice; Rußland den Fürsten Gortchakoff und, falls dieser verhindert, den General Ignatieff und den Fürsten Labanow-Rostowski, den früheren Gesandten in Konstantinopel; Frankreich den Minister Waddington und den Grafen Saint-Ballier; England Lord Lyons und Lord Odo Russell; die Türkei Saifet Pascha und Abdullah Bey; Italien vor der Ministerkrisis Depretis und de Luomau.

Pariser Nachrichten zufolge verweigert Rußland die Zulassung Griechenlands zum Congresse und will ihm höchstens eine beratende Stimme zugestehen. Die republikanischen Kreise (namentlich die „Republique française“) verachten die Beibehaltung Griechenlands, mit Hinweis auf die wichtige Rolle, welche dieses im Orient zu spielen berufen ist.

Die „Agence Russe“ erklärt die Nachricht, daß Rußland gegen die Vertretung Griechenlands auf dem Congresse Widerspruch erhoben habe, für unrichtig und bestätigt, daß, da der Congreß nur aus Vertretern der Großmächte bestehen könne, die Staaten zweiten Ranges und die sonst Interessirten nur in Betreff der sie angehenden Fragen durch Delegirte vertreten werden dürfen.

Die Ratificationsurkunden des russisch-türkischen Friedensvertrages sind am Sonntag in Petersburg ausgetauscht worden; die Publication des Vertrags wird erfolgen, sobald derselbe den Großmächten mitgetheilt worden ist. Reouf Pascha trat sofort die Rückreise nach Konstantinopel an. Für die allmähliche Rückkehr der russischen Armee in der Türkei sind bereits die erforderlichen Vorbereitungen getroffen. Die Garde geht sich zuerst in Bewegung und wird einige Zeit in der Nähe von Kiew Quartiere beziehen.

Aus Bukarest, 16. März, wird berichtet: In den Kammern ist ein Gesekentwurf über die Bildung eines neuen Ministeriums eingebracht, dessen Ressort die Verwaltung der Staatsdomänen und der Landwirtschaft sein soll. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten soll in ein Ministerium für Straßen und Communicationen umgewandelt werden und die Leitung des Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesens übernehmen. Die Deputirten und Senatoren haben gestern eine außerparlamentarische Sitzung abgehalten, in welcher die Regierung die Schwierigkeiten der Lage Rumäniens im Falle eines europäischen Krieges auseinandersetzte.

Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Konstantinopel telegraphirt, es seien in Folge der neuerdings dort herrschenden Gährung und in Folge der stattgehabten Verbreitung aufrührerischer Placate militärische Vorkehrungen, insbesondere Patrouillengänge bei Tag und bei Nacht angeordnet. Man erwartet die Ankunft der Truppen, die in Schumla und Barna standen, sowie von 16,000 Egyptern.

Aus Konstantinopel vom 8. d. Mts. wird der „Post“ geschrieben: Man wird sich erinnern, daß im September v. J. mehrere Teilnehmer am Consularmorde in Salonichi von den türkischen Behörden freigelassen worden waren. Die Worte gab damals auf die Vorstellungen des deutschen Vestschafters die bündigsten Versicherungen ab, daß sie allezeit bewährt sei, ihre eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und entscheidende die momentane Ankerhaftung dreier Beamten mit der nothwendig gewordenen Ueberführung der in Widdin Internirten nach einem von Kriegsschaulage mehr entlegenen Orte. Wie jetzt aus Salonichi zuverlässig gemeldet wird, befindet sich trotz jener Versicherungen, amtlich abgegebenen Erklärungen der Worte einer der am Morde Beteiligten, Mehmed Cabak, in Salonichi auf freiem Fuß; ein Beweis, wie wenig auf die Versicherungen der türkischen Regierung und die türkische Rechtspflege zu geben ist.

Die Telegramme über neuerdings in Syrien, namentlich in den Städten Rona und Smyrna vorgekommenen Unruhen werden von türkischer Seite als vollkommen unbegründet erklärt.

Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, General Grant, hat sich von Athen nach Neapel begeben. Dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Delannoy, gegenüber bemerkte der

General, er werde stets eine hohe Achtung für das griechische Volk und seinen König bewahren. Er sei mehr als jemals davon überzeugt, daß Griechenland eine hervorragende Stellung unter den Nationen einnehmen könne.

Die Frauenemanzipation und die Socialdemokratie.

S.-C. „Die Emancipation des weiblichen Geschlechts, ein Hauptbestandtheil der socialen Frage“, so lautete die Tagesordnung einer „Großen Volksversammlung“ in Dresden, zu der besonders auch die Frauen eingeladen waren. Letztere hatten denn auch den Saal gehörig mit fällen helfen, vorher auch einen Hauptzweck nicht vergessen: den Tellergrößen, die Vertheuerung zur Unterhaltung der agitatorischen „Genossen“, zu opfern. Eine Anzahl solcher Arbeiterfrauen saß vor mir, um einen größeren Tisch placirt. Sie schienen jedoch einer Emancipation durchaus nicht bedürftig zu sein, da sie einestheils durch Lachen und Alotriatreiben ihre vollständige Gedankenabwesenheit, also Gleichgültigkeit gegen den Vortrag bewiesen, andertheils aber durch stilles Biertrinken, Brezelessen u. nach Kräften ihre Langeweile zu vertreiben suchten.

Der Vortrag selbst, welcher mit allgemeinen geschichtlichen Bemerkungen eingeleitet wurde, ging sehr bald ins rein socialistische Fahrwasser über. Es würde zu weit führen, die bekannten Umsturztheorien, die selbstverständlich jedem Thema angepaßt werden, in ihrer Anwendung auf die Frauenfrage zu beleuchten. Nur darauf sei hingewiesen, daß auch hier, nachdem das gewöhnliche dürftige Material der Herren „Redner“ in allen Schattierungen erschöpft war, besonders die Religion herhalten mußte.

Die Religion habe schon die Befehle des Allertums zu „göttlichen Bestimmungen“ gestempelt, um die Ehe als eine göttliche, die Unterdrückung der Frau als eine gerechtfertigte hinzustellen. Sage doch Paulus frei heraus: die Frau soll dem Mann unterthan, er soll ihr Herr sein. Was und Weibchen hätten recht gut gewußt, daß das empfindsame Gemüth der Frau ihrer Einwirkung besser zugänglich sei, als das des Mannes, und hätten dem entsprechend ihre religiösen Festsetzungen getroffen. Durch diese Verdrängung des natürlichen Rechtes durch erworbene Rechte sei schon von vornherein das Recht der Frau unterdrückt worden.

Man solle nicht etwa glauben, daß in unserem Jahrhundert, welches als das aufgekärteste und irrthumfreieste gilt, die Sache anders sei. Reiche die Religion nicht mehr aus, die Knecmung, Unterdrückung und Rechtsverminderung der Frau zu bewirken, so suche man auf anderen Gebieten triftige Gründe hierfür zu finden. Man habe jetzt wissenschaftlich herausgefunden, daß die Stellung der Frau eine inferiore, dem Manne untergeordnete sein müsse; die Frau sei mehr den Gemüthsregungen unterworfen und könne mit der verstandesmäßigen Stellung des Mannes keine Gleichberechtigung verlangen. Nachdem Redner hierauf die Aufstellung der sogenannten Wissenschaft als eine betrübliche bezeichnet hatte, führte er als Beweis dieser Behauptung an, daß die Wissenschaft lehre: eine Frau könne schon deshalb mit dem Manne keine Gleichberechtigung haben, weil der erstere Gehirn kleiner sei, als das des letzteren. Wenn dieses wahr sei, dann müsse ja ein Dösel noch viel geistvoller sein, weil er ein weit größeres Gehirn habe (harmisches Bravo, speciell von den Frauen, denen diese Logik bedeutend einzufluchten schien). Die heutige Frau sei eben keine natürliche, sondern ein Product der kranken Gesellschaft. — Redner malte hierauf den Zustand der „freien Liebe“ als das einzig Menschewürdige aus und suchte etwaige Zweifel durch Vorführung der Schattenseiten der heutigen Ehe zu verstreuen. Er rief auch die Statistik zu Hülfe, indem er behauptete, daß heutzutage auf je 10 Ehen 9 Kamen, die aus Geld- und sonstigen Gründen, nur nicht aus Liebe und Zuneigung geschlossen würden.

Die zuhörenden Frauen mochten sich über die Ansichten der freien Liebe eben etwas beruhigt haben, als ihnen eine neue Wahrheit gepredigt wurde, die noch weniger als die vorgenannte bei ihnen Anklang zu finden schien. Weil der Arbeiter sich in einer unterdrückten Lage befinde — meinte Redner —, weil er tagtäglich geknechtet, gedrückt, gequält würde, müsse er Jemanden haben, an dem auch er seinen Unmuth, Horn, Krampf anlassen könne, und dieser Jemand sei — keine Frau!! Als etwas Natürliches, Selbstverständliches wird also die Nothwendigkeit gepredigt von der segensbringenden Zukunftspartei!

Schließlich — und das war des Vudels Kern — wurde den Frauen außer der passiven noch eine active Rolle zugebacht: sie sollten nicht nur mit Anstrengung aller Kräfte für die Weiterverbreitung und Einwurzelung der socialistischen Lehren agitieren, nein, sie sollten auch solchen Männern, die schwach genug seien